

Handwerk ärgert sich über Brüssel: EU-Binnenmarktpaket verfehlt sein Ziel

1 **Stuttgart. Die EU-Kommission hat ein Paket mit Plänen für eine**
2 **Dienstleistungskarte und eine Prüfung für Berufsreglementierungen vorgelegt.**
3 **Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) warnt vor den Folgen.**
4 **„Ziel verfehlt“, kommentierte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold die**
5 **angekündigten Maßnahmen. Kleineren und mittleren Betrieben sei damit nicht**
6 **gedient.**

7 Das Paket zielt darauf ab, grenzüberschreitende Dienstleistungen zu vereinfachen.
8 Die Vorschläge, so Reichhold, griffen aber nicht nur in die Souveränität der
9 Mitgliedstaaten ein, sie bedrohten auch bestehende Schutz- und Kontrollrechte zum
10 Beispiel im Baubereich. Europaweit tätige Betriebe sollen mit der
11 Dienstleistungskarte nachweisen können, dass sie im Zielland geforderte Standards
12 einhalten. Ausstellen sollen ihn aber Behörden des Heimatlandes. Reichhold
13 bezweifelte, dass diese in der Praxis in der Lage seien, sämtliche Standards aller
14 anderen Mitgliedsstaaten prüfen zu können. Grundsätzlich sieht der Handwerkstag
15 Bedarf grenzscheidendes Arbeiten zu entbürokratisieren. Die Ursachen für
16 bestehende Hemmnisse lägen aber anderswo. So hat zum Beispiel das
17 Nachbarland Frankreich im Laufe der Jahre ein komplexes Regelwerk zur
18 Erbringung von Dienstleistungen geschaffen. Der Handwerkstag, so Reichhold, sehe
19 keinen Bedarf, den Mitgliedsstaaten neue Anforderungen bei der Prüfung ihrer
20 Berufsreglementierungen aufzuerlegen. Der bestehende Rechtsrahmen und die
21 dazu ergangene Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes seien völlig
22 ausreichend.

23 Brüssel versichert zwar, keine Axt an Berufsanforderungen wie den Meisterbrief
24 legen zu wollen. Das Handwerk traut dem Frieden aber nicht. Reichhold: „Seit
25 Jahren hat die EU-Kommission den Meisterbrief als Berufszugangsvoraussetzung
26 im Visier.“ Der Handwerkstag hat seine Bedenken gegen das Binnenmarktpaket in
27 einem Schreiben an Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut geäußert, nachdem die
28 Bundesländer aufgefordert waren, vor der ersten Ratsarbeitsgruppensitzung morgen
29 (25. 01.) ihre Einschätzung mitzuteilen.